BUNDESKURIE
NIEDERGELASSENE ÄRZTE

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER
Körperschaft öffentlichen Rechts • Mitglied der World Medical Association

Übermittlung erfolgt per E-Mail an alle:

- **Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte**

Unser Zeichen:	Ihr Schreiben vom:	Ihr Zeichen:	Wien, 18.11.2026
Mag. JS/MM			

Betrifft: Aktuelle Informationen zur Reformpartnerschaft

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Regierung arbeitet – wie Sie vielleicht schon den Medien entnommen haben – an einer Gesundheitsreform. Die Österreichische Ärztekammer wurde bisher von den diversen Beratungen dazu leider komplett ausgeschlossen, obwohl wir laufend unsere Expertise und aktive Mitarbeit angeboten haben.

Aus den Punkten, die bisher zu uns durchgesickert sind, können wir nur schließen, dass man der Bevölkerung einen Etikettenschwindel verkaufen will und die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in ihrer Arbeitsweise und Erwerbsfreiheit massiv eingeschränkt werden sollen – sowohl im Kassen-, als auch im Wahlarztbereich.

Zum einen möchte man den Wahlarztbereich mit Preisdeckelungen, Verpflichtungen zur Teilnahme am öffentlichen Gesundheitssystem und Vorgaben zur Verwendung von elektronischen Verwaltungstools so unattraktiv gestalten, dass Wahlärztinnen und Wahlärzte ins Kassensystem gedrängt werden. Zum anderen steht im Raum, dass man Kassenverträge noch weiter reglementieren möchte. Dies vor allem dadurch, dass die derzeitigen Gesamtverträge mit der ÖGK in den Bundesländern - sollte es bis Ende 2028 kein Verhandlungsergebnis für einen bundesweiten ÖGK-Gesamtvertrag geben – enden und dann durch eine Kommission entschieden wird, welcher der neun Landes ÖGK Gesamtverträge dann für das gesamte Bundesgebiet gelten soll. Dieses Vorhaben kann nur in einem Chaos enden, da dies für die Kassenärzte in den anderen acht Bundesländern zu massiven Änderungen führt.

Seit Jahren versucht die Österreichische Ärztekammer mit der ÖGK so einen neuen Gesamtvertrag zu verhandeln, scheitert jedoch regelmäßig daran, dass die Gegenseite aufgrund von massiver Uneinigkeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite – bereits konsensual vereinbarte Lösungsansätze immer wieder über Bord wirft, bereits längst einvernehmliche Diskussionspunkte neu aufrollt oder einfach Termine dilatiert – je nachdem welche der beiden Seiten gerade „das Sagen" hat.

Ein weiteres Vorhaben der Regierung bei dieser Gesundheitsreform ist die Einführung von sog. „Allgemeinen Gesundheitskliniken (AGK)" – und zwar ausschließlich ohne Gesamtvertrag und damit ohne freiberuflich tätige Ärztinnen und Ärzte. Hinter diesem neu erfundenen Terminus

verbirgt sich aber nichts anderes als das Hochziehen von Ambulatorien mit Fachärztinnen und Fachärzten.

Diese „Gesundheitskliniken" sollen dann von staatlicher Seite – entweder von den Ländern, der Sozialversicherung oder beiden errichtet und betrieben werden. In diesen sollen dann ausschließlich angestellte (Fach-)Ärztinnen und -Ärzte arbeiten. Warum man hier nicht auf die Möglichkeiten von ärztlichen Zusammenarbeitsformen wie Gruppenpraxen zurückgreift, erschließt sich uns nicht.

Denn eines ist klar und auch vielfach belegt: Staatlich geführte Einrichtungen sind niemals so effizient wie privat organisierte Unternehmen und bringen daher dem Gesundheitssystem noch höhere Kosten! Offensichtlich sind freie Ärztinnen und Ärzte der Politik zu unbequem. Die Bundeskurie niedergelassene Ärzte hat diesbezüglich auch ein Konzept ausgearbeitet, welches die Vorteile der Einbindung der Ärzteschaft aufzeigt *(Beilage)* und allen Abgeordneten zum Nationalrat zur Verfügung gestellt.

Diese vielen Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen der Politik – man denke auch an die verpflichtende Diagnosecodierung oder das Impfen in Apotheken – können wir nicht unkommentiert hinnehmen. Uns Ärztinnen und Ärzte eint, dass wir unsere Patientinnen und Patienten optimal versorgen möchten. Wir müssen gemeinsam die Bevölkerung über die drohenden Entwicklungen informieren und warnen. In einem ersten Schritt bereiten wir derzeit Unterlagen für die Ordinationen (Plakate und Informationsmaterial) vor. Bitte nutzen Sie Ihre täglichen Kontakte mit den Patientinnen und Patienten, um auf diese drohenden Verschlechterungen in der Gesundheitsversorgung hinzuweisen.

Wir zählen auf Ihre aktive Unterstützung und werden Sie selbstverständlich über die Entwicklungen bei der Gesundheitsreform weiter auf dem Laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen

VP OMR Dr. Edgar Wutscher
Obmann

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

OMR Dr. Johannes Steinhart
Präsident

<u>Beilage</u>
Konzept der Bundeskurie niedergelassene Ärzte der Österreichischen Ärztekammer „Ausbau der fachärztlichen Versorgung – Facharztzentren"